

Von unserem Redakteur
Ralf Reichert

Gegen den Ausbau der A6 an sich wettet an diesem Abend keiner. Dass die stau-geplagte Strecke zwischen dem Weinsberger Kreuz und der bayerischen Landesgrenze zwingend auf sechs Spuren verbreitert und in diesem Zuge auch der Lärmschutz deutlich besser werden muss, ist allen klar, die sich zu Wort melden.

Dafür gibt es viel Kritik am Regierungspräsidium Stuttgart (RP), das die Planung managt. Und damit auch die benötigten Flächen sichern und erwerben muss. Wie die Behörde das bisher angestellt hat, sorgt für mächtig Ärger bei den Grundstückseigentümern und Landwirten zwischen Bretzfeld und Kupferzell, aber auch in Grantschen und Wimmmental. Sie werden wertvolles Ackerland verlieren, fühlen sich bis dato aber alleingelassen bei der Frage, wie das alles abläuft, die Betroffenen entschädigt werden. Manche fühlen sich gar in ihrer Existenz bedroht. Die CDU-Abgeordneten Christian von Stetten und Alexander Throm wollen diesen Frust kanalisieren. Sie wollen alle Kritikpunkte und Forderungen sammeln und mit einem Schreiben Druck ausüben auf das Regierungspräsidium.

Offenes Ohr Throm erklärt: „Der Regierungspräsident muss dafür sorgen, dass die Info-Politik deutlich besser wird.“ Das hat auch Steffen Bilger längst mitbekommen und fordert: „In der Kommunikation kann manches besser werden.“ Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium informiert über den aktuellen Stand und hat ebenfalls ein offenes Ohr für die Nöte der 150 Besucher, die am Donnerstag auf CDU-Einladung in der Halle der Weingärtnergenossenschaft Grantschen sitzen.

Kein Blatt vor den Mund nimmt Peter Gebert aus Öhringen. „Was uns Grundstückseigentümer stört ist, dass uns bis zum heutigen Tag noch kein Mensch ein Angebot gemacht hat. Wo gibt es denn sowas? Da wird die A6 für 900 Millionen Euro ausgebaut und diejenigen, die 109 Hektar hergeben müssen, werden nicht informiert. Das ist blamabel.“ Diese Fläche bezieht sich auf die Abschnitte zwei und drei zwischen Bretzfeld und Kupferzell, für die gerade das Planfeststellungsverfahren läuft, mit dem bis Frühjahr 2019 Baurecht geschaffen sein soll.

„Wann und wie läuft das denn nun mit dem Grunderwerb?“, fragt Friedrich Hack aus Pfedelbach. „Das Regierungspräsidium scheint komplett in Urlaub zu sein, hätte heute nicht wenigstens eine Person da sein können?“ Tatsächlich ist kein RP-Vertreter vor Ort, obwohl eine Einladung der CDU vorlag. Und tatsächlich habe das RP den Termin „aus Urlaubsgründen nicht wahrnehmen können“, so Throm.

Und so übernehmen die CDU-Politiker mitunter das, was eigentlich der Job des RP sein müsste. Steffen Bilger kann zumindest „eine positive Neuigkeit“ verkünden: Zwischen Bretzfeld und Kupferzell wären ursprünglich 144 Hektar dauerhaft weg



Für den Ausbau der A6 zwischen Bretzfeld und Kupferzell läuft gerade das Planfeststellungsverfahren. Viele Grundstückseigentümer werden Flächen verlieren.

Fotos: Reichert

Harsche Kritik an Info-Politik

REGION Flächenverluste durch A6-Ausbau: Regierungspräsidium am Pranger – CDU kanalisiert den Frust



Offenes Ohr (v.l.): Steffen Bilger, Parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium, und die CDU-Abgeordneten Alexander Throm und Christian von Stetten.



Der internen Runde mit 40 Betroffenen aus Hohenlohe folgte die öffentliche Veranstaltung in Grantschen. Hier spricht Reiner Michel, Ortsvorsteher von Wimmmental.

Das sagt Jürgen Holzwarth vom Regierungspräsidium zum Konflikt mit den Landwirten

Trotz Einladung kam am Donnerstag kein Vertreter des Regierungspräsidiums Stuttgart zur CDU-Diskussion über die Folgen des A6-Ausbau für Grundstückseigentümer und Landwirte zwischen Weinsberg und Kupferzell. Referatsleiter Jürgen Holzwarth ist derzeit im Urlaub. Die HZ fragte ihn davor zum Konflikt um die benötigten Flächen. Er gibt zu: Dass der **Artenschutz-Ausgleich** so viel Raum beanspruche, „haben wir für den zweiten und dritten Abschnitt nicht so deutlich gesagt“. Viele Landwirte hätten dies „nicht auf dem

Schirm gehabt“. Nun könnten **35 Hektar eingespart** werden, weil statt Lärmschutz Blühstreifen genügen. Damit schrumpfte die dauerhaft benötigte Fläche von 144 auf 109 Hektar. „Hinzu kommen 102 Hektar, die vorübergehend gebraucht werden.“ Maximal zehn Jahre, für die Baustelle. Und der **Grunderwerb**? „Die reine Lehre ist, ihn erst nach dem Planfeststellungsbeschluss zu tätigen.“ Nun habe man beim Bund „einen vorzeitigen Grunderwerb“ beantragt.

Das RP hatte die Bürger entlang der 64 Kilometer langen Gesamt-Trasse zwi-

schon dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze von Beginn an eingebunden. Lärmschutz, Flächenverbrauch, Entwässerung: Das waren die Top-Themen dieser über fünf Jahre dauernden **Öffentlichkeitsbeteiligung**. Mehr als 300 Anregungen und Stellungnahmen waren eingegangen, als das RP Ende 2016 Bilanz zog. Aber, so Holzwarth: Bei den „ersten Veranstaltungen“ im westlichen Bereich, wo die Planungen am weitesten sind, habe man die „Dimensionen des Artenschutzes“ noch nicht abschätzen können. Klar sei: „Wir müssen das in

Zukunft noch deutlicher sagen.“ Dies gilt vor allem für die Abschnitte fünf und sechs im östlichen Bereich, die erst im Herbst 2020 baureif sein werden. Vom Weinsberger Kreuz bis Bretzfeld und von Kupferzell bis Illshofen soll es Ende 2019 so weit sein, zwischen Bretzfeld und Kupferzell bis Frühjahr 2019. Nur hier läuft bereits das entscheidende **Planfeststellungsverfahren**. Es gibt **42 Stellungnahmen** und **612 Einwendungen**. Nach dem Erörterungstermin folgt der Planfeststellungsbeschluss, gegen den noch geklagt werden kann. rei

gewesen. „Jetzt sind es nur noch 109 Hektar.“ Der Grund: „Statt den Feldlärmschutz sind nun Blühstreifen vorgesehen.“ Damit könnten 35 Hektar für den Artenschutz eingespart werden. Genau diese Ausgleichsflächen für den Naturschutz sind es, die viele Landwirte auf die Palme bringen. Weil sie damit gar

nicht gerechnet haben. Sie dachten: Die reinen Bauflächen genügen. Auch hier hat sich das RP wohl nicht klar genug ausgedrückt. „Die angrenzenden Kommunen sind bereit, in dieser Frage zu Lösungen beizutragen“, erklärt Alexander Throm. Dann würden Landwirte noch weniger Grund und Boden verlieren. Dieses

Angebot war bei einem internen Treffen in Bitzfeld vor der Veranstaltung in Grantschen zu hören, zu der 40 in ihrer Existenz bedrohte Landwirte aus Hohenlohe geladen waren und die Christian von Stetten moderierte.

In der öffentlichen Runde danach kommt noch einiges auf den Tisch: eine geharnischte Kritik am ÖPP-

Projekt und vermeintlichen Nutznießern von Hermann Wagner aus Öhringen – oder die Ablehnung des Lkw-Stellplatzes bei Wimmmental von Ortsvorsteher Reiner Michel. Nur ein Satz von Steffen Bilger sorgt für wenig Widerspruch: „Durch diesen Ausbau haben Sie Anspruch auf den bestmöglichen Lärmschutz.“